

Freya Klier

Das lange Schweigen

Rede zur Gedenkveranstaltung des Thüringer Landtags anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR

Erfurt, 17. Juni 2003

Am 18. Juni - an diesem Tag legen noch Zehntausende Werktätige die Arbeit nieder - wird der Volksaufstand von den sowjetischen Besatzern und ihren deutschen Helfern brutal beendet. Erstickt wird der Keim eines soeben erwachten demokratischen Bewusstseins. Nachdem ein Dutzend Demonstranten, die als Rädelsführer gelten, zur Abschreckung standrechtlich erschossen wurden, rollt nun eine Verhaftungswelle an, die sich im kollektiven Gedächtnis der DDR-Bevölkerung verankern wird.

Die Ulbricht-Regierung überlebt den Volksaufstand politisch nur mit Hilfe sowjetischer Panzer. Und gewinnt allzu rasch wieder die Oberhand: „Nach eineinhalb Tagen“ so wirft Karl Eduard von Schnitzler am 19. Juni seine Propagandamaschine an, „wurde gestern ein Abenteuer beendet, das den demokratischen Sektor Berlins zu einem Brandherd machen sollte, der zu einem Weltbrand hätte entfacht werden können ...“. Für den Chefdemagogen der DDR wurde in Ostberlin „ein Anschlag auf die Freiheit, ein Anschlag auf die Existenz, die Arbeitsplätze, die Familien der Werktätigen versucht“, und zwar „von bezahlten Provokateuren, vom gekauften Abschaum der Westberliner Unterwelt ...“.

Im Bau 5 der Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, in denen fast 15.000 Menschen gestreikt hatten, erteilt der Maschinenschlosser Helmut Dathe seinen düpierten Kollegen eine Klassenkampf-Lektion: „Es waren vor allem jene arbeitsscheuen, amihörigen Tangoscheiche, die in Berlin und in einigen Orten der DDR Unruhe und Ausschreitungen provozierten. Wir Mitglieder der FDJ-Leunawerke sagen diesen Rowdies und Feinden unserer Republik den schärfsten Kampf an.“

DDR-weit verschwinden etwa 13.000 Menschen hinter Gefängnistoren. Menschen, wie der Straßenbahner Herbert Buley, der in früheren Tagen selbst mal Kommunist war und nun als einer der vielen Rädelsführer gilt: Am 17. Juni hatte er unter den Straßenbahnern Berlin-Köpenicks den Streik ausgerufen, beim geplanten Sturz der Regierung allerdings Gewaltlosigkeit angemahnt. Nun saust die Gewalt der Partei auf ihn nieder. Am Abend des 18. Juni wird sein Haus von elf Mitarbeitern der Staatssicherheit umstellt, Herbert Buley verhaftet und in den Magerviehhof Friedrichsfelde transportiert:

„Dort wurden mir sämtliche Sachen abgenommen und ich kam in eine große Halle rein, wo früher das Schlachtvieh drin war. Die Halle war bereits überfüllt. Und zwar nicht nur mit Leuten vom Streik, sondern auch alten Leuten, mit Rentnern, die kaum noch am Stock gehen konnten und die offenbar nicht wussten, was Ausnahmezustand bedeutet. Die den Ausnahmezustand übertreten hatten und deswegen dort inhaftiert wurden. Nachdem das Ding richtig voll war, wurde das Licht ausgemacht. Es wurden LKW reingefahren, die Tore geschlossen und die Motoren angemacht. So dass die ganzen Abgase in die Halle reinkamen und die Leute umfielen wie die Fliegen. Einige sind dann an die Fenster ran, die aus Glassteinen bestanden, wo frische Luft durchkam. Und als die dort rankamen, wurden Maschinenpistolen reingehalten, wurde geschossen.“

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Der junge Mann aus Köpenick wird mit anderen im Zellenwagen in die MfS-Haftanstalt nach Hohenschönhausen transportiert, dort geht die Brutalität erst richtig los: „Ich wurde aus dem Zellenwagen rausgestoßen. Dann standen da ein paar 21-22jährige Offiziere, die mich gleich mit Schlägen empfangen. Die haben mir die Augenbrauen, die Augen alles kaputt geschlagen. Ich musste mich umdrehen, so dass ich mit meinem Gesicht an die Tür vom Wagen kam. Man fasste mich in die Haare, ins Genick und schlug mich mit dem Gesicht immer gegen die Tür, so dass mir sämtliche Zähne kaputt gingen, ich geblutet habe. Und anschließend wurde ich dann in so eine Freilaufbox gebracht, in der wir 24 Stunden ununterbrochen im Kreis rumlaufen mussten.“

Derartige „Zuführungen“ haben eine lange DDR-Tradition. Auch das Auf-den-Kopf-Stellen von Wahrheit hat eine lange Tradition: Friedliche Demonstranten werden zu Nazis gestempelt, Uniformierte mit Nazimethoden aber geben sich als Friedensfreunde und Humanisten!

Und so wird der Straßenbahner Herbert Buley denn auch wegen „friedensgefährdender, faschistischer Propaganda“ zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Zusätzlich erkennt man ihm die bürgerlichen Rechte ab, nicht einmal Auto darf er nach seiner Haftentlassung noch fahren. Gleichen sich nicht die Bilder ... erinnert diese Brutalität nicht an den Umgang von Polizei und Staatssicherheit mit Demonstranten im Oktober 1989, als sich Tausende vor der Dresdner Semperoper zum friedlichen Protest versammelten? Sie wurden eingekesselt, geschlagen und auf Lastwagen verladen, darunter Schüler, Rentner und ein Rollstuhlfahrer ... Und in den Polizeikasernen Hans Modrows wie Vieh die Treppen rauf- und runtergetrieben, durchgeprügelt, verhört und stundenlang in den Gängen der Staatsmacht misshandelt – vornübergebeugt, die Beine gespreizt ...

Bei den Aufständischen, die nicht hinter Zellentüren verschwinden oder sich in den Westen zu retten vermögen, sondern an ihre Arbeitsplätze zurückkehren, bleibt ein tiefes Gefühl von Ohnmacht zurück: Die Alliierten der Westsektoren sind ihnen nicht zu Hilfe geeilt! Die Bonner Politiker haben sich diplomatisch zurückgehalten! Und schon am 18. Juni wurden in Westberlin die Internationalen Filmfestspiele eröffnet, als sei im anderen Teil der Stadt nichts geschehen. Dort werden nun, statt der Erfüllung der aufständischen Forderungen, die verhassten Polizeieinheiten aufgestockt, das Spitzelsystem ausgebaut.

Die Bilder staatlicher Brutalität kehren über die kommenden Jahrzehnte wieder, die Erfahrungen von Willkür und Ohnmacht. Doch durchziehen auch Episoden ermutigender Solidarität unsere Geschichte.

So führen am 11. Juli 1953 die meisten Abteilungen des VEB Zeiß in Jena einen Sitzstreik durch: Gefordert wird die Freilassung aller im Zusammenhang mit dem 17. Juni inhaftierten Kollegen. An diesem Streik beteiligen sich noch einmal mehr als 3 000 Werksangehörige. Die Kreispolizei Jena meldet kurz darauf an die Bezirkspolizei Gera: „Der Streik selbst nahm eigenartige Formen an. Die Maschinen liefen, mal wurde gearbeitet, dann wieder gestreikt, mal zum Fenster hinaus gesehen und dann wieder gearbeitet. Die Dinge waren wohl gut gelenkt, aber anscheinend wenig organisiert. Am Betriebsschutz gingen sie vorbei, als sähen sie den überhaupt nicht.“

Der Streik wird gegen 13.30 Uhr beendet, seine Fortsetzung für kommenden Montag beschlossen. Dazu kommt es nicht mehr, doch wird sich das Protest- und Verweigerungsverhalten in den Betrieben der DDR bis weit über die 50er Jahre hinaus fortsetzen, in schwächer werdender Form. Fortsetzen wird sich auch die Fluchtbewegung.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Wie sind wir mit dem Volksaufstand umgegangen, der immerhin ersten Erhebung in Osteuropa gegen die sowjetischen Besatzer und eine ihrer Marionetten-Regierungen? Es ist nicht so, dass die Juni-Ereignisse im freien Teil Deutschlands einfach vergessen werden. Am 23. Juni hält Ernst Reuter, der Regierende Bürgermeister von Berlin, eine Trauerrede für die Toten der vergangenen Tage: „Keine Macht der Welt“, ermutigt er die Ost-Deutschen und vermutlich auch sich selbst, „niemand wird auf Dauer uns Deutsche voneinander trennen können, wir werden zusammen kommen, wir werden zusammenwachsen, wie wir seit langem in dieser Not innerlich zusammengewachsen sind ...“

Reuters prophetische Worte werden lange brauchen, bis sie in die Wirklichkeit umgesetzt sind, denn die Bewohner der sowjetischen Besatzungszone werden ihre Unterdrücker noch 36 Jahre lang ertragen müssen, die überwiegende Zeit davon eingemauert. Denn die Zeit arbeitete für die Funktionäre der SED - im Westen, vor allem aber im Osten. Schon bald hatten Walter Ulbricht und seine Genossen einen treuen Verbündeten - uns, die erste Kindergeneration der DDR, die noch fast in den Windeln lag, als sich unsere Eltern und Großeltern mutig erhoben. Wir, nach Hunderttausenden zählend, wurden zu einem Verbündeten, den sich die Partei zielgerichtet heranzüchtete, durch konsequente Gehirnwäsche. Der Aufbau war logisch und altersstufengerecht: Zuerst kam der Frieden. Wir wurden eingebettet in einen Frieden, der nicht im ausbeuterisch-kapitalistischen Westen herrschte, sondern selbstverständlich bei uns. Der Frieden war der Schlüssel zu unseren Herzen. Schon im Kindergarten sangen wir ausgiebig Friedenslieder, in den ersten Klassen winkten wir Täve Schur bei der Friedensfahrt zu und bald schon verteidigten wir tapfer den Frieden, indem wir Keulen auf Pappfiguren warfen, die westliche Kriegstreiber darstellten.

Irgendwann, nach Jahren kollektiver Gleichschaltung unserer Gehirne, kam in den Schulbüchern dann auch der 17. Juni dran: „Widerlegen Sie die Behauptung der imperialistischen Massenmedien“, hieß es da, „der 17. Juni wäre ein Volksaufstand gewesen!“ Um detailreich widerlegen zu können, wurden wir ausgiebig gefüttert, mit Wort und Bild: Auf Photos lachten uns Trümmerfrauen entgegen und Schlosser. Kampfgruppen sah man in den Betrieben und FDJler, die mit Fahnen und Transparenten über die Stalin-Allee zogen - und alle bekannten sich zu unserem Staat! Wäre da nicht die massive Hetze des Klassengegners ... die zunehmende Wühltätigkeit der imperialistischen Agentenzentralen gegen unsere DDR gewesen, längst schon wäre der Sozialismus erblüht, mit der Arbeiterklasse an der Spitze. Unsere Arbeiter - so lernten wir - verwirklichten ja Anfang der 50-er Jahre gerade den 1. Fünfjahrplan, hatten die Talsperre des Friedens in Sosa fertig gestellt, das erste Wohnhochhaus der DDR errichtet. Und dann dieser Juni-Tag! Er wurde in unseren Schulbüchern folgendermaßen geschildert:

„Am 17. Juni 1953 legten etwa 5% der Berufstätigen der DDR, beginnend mit Berliner Bauarbeitern, die Arbeit nieder. (Dabei muss vermerkt werden, dass sich unter diesen Bauarbeitern zahlreiche Hilfskräfte befanden, die ehemalige Nazis waren und früher völlig andere Funktionen innehatten). In 272 der zirka 10.000 Gemeinden gab es Zusammenrottungen und Straßendemonstrationen. Eingeschleuste Provokateure und Angehörige staatsfeindlicher Gruppen stellten sich an die Spitze Unzufriedener, wiegelten zum Sturz der Regierung auf, besudelten und vernichteten Symbole unseres Staates und der Arbeiterbewegung, misshandelten und ermordeten Funktionäre sowie klassenbewusste Arbeiter. In Halle befreite eine aufgeputschte Meute die ehemalige SS-Aufseherin des Frauen-KZ Ravensbrück, Erna Dorn, aus dem Zuchthaus.“

Das alles klang ja wie eine Wiederauferstehung des Hitler-Reiches!

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Zum Glück hatten die Fortschrittlichen der Konterrevolution die Stirn geboten - die Mehrheit unserer Arbeiter und Angestellten, die Parteiorganisationen der SED, die Kampfgruppen der Arbeiterklasse ...

Diese Verfälschung des 17. Juni füllte noch 1989 das Geschichtslehrbuch der 10. Klassen. Und jedes Kind der DDR hat sie lernen müssen, jedes - dreißig Jahre lang, Klassenstufe für Klassenstufe.

Wer da glaubt, das Ganze sei so plump aufgezogen, dass man es durchschauen müsse, der hat die Prinzipien von Gehirnwäsche in einer totalitären Gesellschaft nicht begriffen. Denn natürlich ahnten wir als Jugendliche, schon aus Erfahrung, dass das ganze etwas übertrieben sein dürfte. Doch Sympathien für die Juni-Ereignisse entwickelte unsere Generation nie - als Widerhaken im Kopf hatten sich die Worte SS, KZ-Aufseherin, ehemalige Nazis, Ermordung von Menschen verankert. So interessierten wir uns später als Oppositionelle für den Ungarn-Aufstand 1956, schwärmten wir vom Prager Frühling, von der Solidarnosc in Polen ... im eigenen Land dagegen ging der Widerstand erst mit der Biermann-Ära los.

Dabei hätten die anderthalb Millionen Aufständische vom Juni 1953 im Herbst 1989 Pate gestanden haben können: Demonstrationen mit der Losung „Komm, Kollege, reih dich ein, wir wollen freie Menschen sein!“ hätte auch auf die Montagsdemo gepasst. Kollektives Pflastertreten, im Sprechchor den Rücktritt einer aufgezwungenen Regierung fordern - das hat doch etwas übereinstimmend Befreiendes, nach Jahren des Geducktseins. Und gehörte nicht weitaus mehr Mut dazu, in einer Zeit auf die Straße zu gehen, da der Kommunismus noch am Horizont leuchtete und durch die Gesellschaft gepeitscht wurde als in einer Zeit, da er bereits auf dem letzten Loch piff?

Für mich strahlen die Menschen der frühen 50-er Jahre Kraft aus ... Kraft und Naivität. Aus den Gesichtern spricht etwas Spontanes, Gläubiges, fast wirken sie selbst überrascht von dem, was soeben mit ihnen passiert. Die Gesichter der späten 80-er Jahre spiegeln - trotz aller Aufbruchsstimmung - auch den jahrzehntelangen Verschleiß. Den Verschleiß ideologischer Grabenkämpfe, die Spuren, welche die Organisation des Alltags in einer Diktatur hinterlässt, die Dekaden politischer Schikanen, oftmals Verhaftungen. Und eines hatten die Demonstranten des 17. Juni 1953 denen des Wendeherbstes 1989 voraus: Sie ließen sich nicht einwickeln in einen „dritten Weg“, jenen Neuaufguss der alten Ordnung. Vielleicht, weil in früher DDR-Zeit die Genossen noch nicht so geschmeidig waren - weil 1953 noch der triumphale „Die oder wir“ - Frontblick herrschte. Doch überlassen wir die Vergleiche den Historiker-Kommissionen.

Als die Arbeiter von Bitterfeld am 17. Juni in einem Telegramm Richtung Berlin ihre Forderungen formulierten, bewiesen sie - acht Jahre nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur - jedenfalls bereits ein erstaunliches Gespür für Demokratie: Sie forderten den sofortigen Rücktritt der Regierung, die durch Wahlmanöver an die Macht gekommen ist/ die Einsetzung einer provisorischen deutschen demokratischen Regierung/Freie, demokratische, geheime und direkte Wahlen in vier Monaten/Zurückziehung der deutschen Polizei von den Zonengrenzen und sofortiger Durchgang für alle Deutschen/Sofortige Freilassung der politischen Häftlinge/Zulassung aller großen deutschen demokratischen Parteien Westdeutschlands in unserer Zone ...

Einen schmerzlich kurzen historischen Moment lang wurde 1953 die Demokratie geprobt, für einen Augenblick die deutsche Einheit vollzogen. Es hat noch ein wenig gebraucht, bis es zu all dem gekommen ist.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Denn die Aufständischen des 17. Juni hatten historisch ja keine Chance: Die DDR, von vielen demonstrativ lange verächtlich „Die Zone“ genannt, befand sich bereits fest im Würgegriff der Sowjets. Der Kalte Krieg - längst war er ausgebrochen. Für mich war es ein kalter Krieg von Diktatoren gegen osteuropäische Bevölkerungen, die sich nach Demokratie sehnten.

„Hoffnung“, so hat Vaclav Havel einmal geschrieben, „ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.“

Ich denke, wir Jüngeren haben gegenüber den Männern und Frauen des 17. Juni eine Schuld abzutragen - die, sie missachtet und von ihren Erfahrungen nicht gelernt zu haben.

[Quelle: www.landtag.thueringen.de/termin/rede17juni_klier.htm]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---